

NR-Sitzung vom 15. Juni 2016

Studienförderung – Verbesserungen für Studierende [\(1153 d.B.\)](#)

Verbesserung bei Stipendien bringt eine Novelle des Studienförderungsgesetzes: Studienbeihilfe-EmpfängerInnen über 27 Jahren erhalten künftig einen jährlichen Zuschlag zur Studienbeihilfe in der Höhe von 360 Euro, wovon rund 10.000 Personen profitieren. Verbesserungen gibt es auch bei Studienabschluss-Stipendien und bei der Berechnung der Wegzeiten; außerdem kommt es zur Anrechenbarkeit von sozialem Engagement bei Selbsterhalterstipendien.

Tourismus – neuer Rekord bei Nächtigungen (1179 d.B.)

Erfreuliche Zahlen bringt der Tourismusbericht 2015: Trotz lauer Konjunktur verzeichnete der heimische Tourismus auch 2015 mit 135,2 Mio. Nächtigungen und einem Umsatz von 38,4 Mrd. Euro bei ausländischen TouristInnen neue Rekorde. Auch der österreichische Anteil am europäischen Tourismusmarkt und die Zahl der Beschäftigten im Tourismus stieg, und zwar um 2,6 Prozent auf 202.943 Menschen, 58 Prozent davon Frauen. 7 Prozent des heimischen BIP gehen dzt. auf touristische Nachfrageeffekte zurück.

Jugendliche: Spitze bei niedriger Arbeitslosigkeit [\(1172 d.B.\)](#)

Mit der zweitniedrigsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat Österreich weiter einen Spitzenplatz im EU-Vergleich, zeigt der Bericht zur Jugendbeschäftigung 2014/2015. Grund ist u.a. das gute System der dualen Ausbildung in Österreich. Als Herausforderungen für die Politik nennt der Bericht die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die mangelnde Attraktivität von Lehrberufen und der daraus resultierende Fachkräftemangel.

Vermessungsgesetz: Grenzstreitigkeiten sollen schneller gelöst werden [\(1173 d.B.\)](#)

Ziel der Novelle des Vermessungsgesetzes ist, die Verfahren im Katasterwesen rascher und unbürokratischer zu machen. Die Festlegung von Grundstücken im Grenzkataster wird vereinfacht, die Rechtssicherheit erhöht.

Familienzeitbonusgesetz – Kindergeldkonto [\(1154 d.B.\)](#) – s. Top-Themen

Generation Internet [\(1157 d.B.\)](#)

Im Antrag des Familienausschusses wird Bundesministerin Karmasin aufgefordert, detaillierte Konzepte und einen Fahrplan vorzulegen, um Chancen und Nutzen von Internet und neuen Medien für Kinder und Jugendliche in Österreich zu realisieren.

Raschere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse (1160 d.B.)

Ausländische Bildungsabschlüsse sollen leichter und schneller anerkannt werden, so das Ziel des neuen "Anerkennungs- und Bewertungsgesetzes." Das nützt ÖsterreicherInnen,

die im Ausland eine Ausbildung gemacht haben, aber auch MigrantInnen bei der Anerkennung ihrer Qualifikationen. MigrantInnen sollen so besser und schneller in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Erworbene Qualifikationen werden etwa mit einer österreichischen Referenz vergleichbar gemacht, um so den potentiellen ArbeitgeberInnen die Beurteilung der Eignung potentieller ArbeitnehmerInnen zu erleichtern.

Beitrag für internationale Schulen [\(1162 d.B.\)](#)

Als Amtssitz der UNO und anderer internationaler Organisationen braucht es in Wien auch ein Schulsystem für Kinder internationaler Bediensteter. Das Abkommen regelt die weitere Unterstützung der Vienna International School durch den Bund.

Abkommen mit der Mongolei [\(1161 d.B.\)](#)

Der Nationalrat ratifizierte ein Abkommen zwischen der Republik und der Mongolei im Zeichen der Partnerschaft und der Zusammenarbeit; es enthält auch rechtliche Verpflichtungen der Mongolei in den Bereichen Menschenrechte und Terrorismus-Bekämpfung.

Einspruch gegen Urkunden-Abkommen mit der Republik Kosovo [\(1163 d.B.\)](#)

Durch einen Einspruch Österreichs gegen den Beitritt der Republik Kosovo zum Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung soll verhindert werden, dass kosovarische Urkunden ohne weitere Kontrolle hinsichtlich der Echtheit und Richtigkeit in Verfahren vor Inlandsbehörden als Beweismittel zugelassen werden.

Bedeutung der Vereinten Nationen [\(1164 d.B.\)](#)

Ein gemeinsamer Antrag von SPÖ, ÖVP, Grünen und Neos fordert die Regierung auf, die Arbeit der Vereinten Nationen als zentrales Element der österreichischen Außenpolitik aktiv zu unterstützen und Österreich weiterhin als Ort des internationalen Dialogs zu positionieren und u.a. auch den Einsatz österreichischer Blauhelme aufrecht zu erhalten. Der Antrag wurde anlässlich des Besuchs von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon im Parlament eingebracht.

Todesstrafe weltweit abschaffen [\(1166 d.B.\)](#)

Der Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen und Team Stronach fordert nachdrücklich die aktive Mitwirkung Österreichs bei der weltweiten Abschaffung der Todesstrafe.

Friedensprozess in der Ukraine [\(1165 d.B.\)](#)

In diesem Entschließungsantrag zur Stärkung des Friedensprozesses in der Ukraine werden die Bundesregierung und insbesondere der Außenminister aufgefordert, sich für die vollständige Umsetzung der Abkommen von Minsk einzusetzen. Die Kompetenzen der

OSZE sollen gestärkt werden, um effektiver zur Förderung von Stabilität und Sicherheit beitragen zu können. Der Außenminister wird weiters ersucht, sich in der EU für die Weiterentwicklung der Idee einer gemeinsamen Freihandelszone der EU mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion einzusetzen.